

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 17. Juli 1884.

Nr. 329.

Die Cholera.

In Marseille sind von Montag bis Dienstag Abend 30 Personen an der Cholera gestorben, auch der Maire soll erkrankt sein; in Toulon kamen 7 Cholera-Todesfälle vor.

Der Berner „Bund“ erzählt: Prof. Koch, der „Bacillen Vater“, wie ihn jetzt die Pariser nennen, ist heute, den 14. d., in Bern. Die schweizerische Gesandtschaft in Paris hat Herrn Dr. Koch um einige Mittheilungen über seine in den Cholera-herden gemachten Beobachtungen und Erfahrungen ersuchen lassen, um auch für unsere Behörden bezüglich der zu treffenden Vorsichtsmaßregeln Anhaltspunkte zu gewinnen. Der berühmte Gelehrte erklärte jedoch, daß er die gewünschte Auskunft nicht geben könne, da er seine Mission von der deutschen Regierung erhalten habe und dieser Bericht erstatten müsse. Herr Koch wandte sich darauf an den Vorgesetzten des deutschen Reiches in Paris, Herrn Hohenlohe, und es scheint, daß die diplomatische Vermittlung nicht ohne Erfolg geblieben ist. Auf ein Telegramm hin, Herr Koch sei von Paris abgereist und belege sich über Lyon und Bern nach Berlin, fuhr ihm Herr Professor Lichtheim von Bern aus nach Lausanne entgegen, Herr Koch hatte aber unterdessen in Genf den vorigen sanitätlichen Vorlesungen den schuldigen Tribut entrichten müssen. Wie sämtliche aus Frankreich kommenden Reisenden wurde auch er zur „Mäucherung“ befohlen. „Das ist ja Unfinn“, wandte der Gelehrte ein, der sich weigerte, den Vorschriften Gehör zu leisten. „Unfinn oder nicht“, herrschte ihn der Mann des Gesetzes an, „Sie werden gerächt wie die Andern.“ Vorgerichtet belief sich Herr Koch auf seine Autorsität, trotz Sträuben und Protest wurde er in den Kästen gesteckt und die Mäucherung ging vor sich. „Daß gerade mir das passiren mußte“, moß Herr Koch gedacht haben, der in Folge der Manipulation den nächsten Zug verpaßt hatte.

Am gestrigen Tage ist von dem kaiserlichen Reichs-Postamt eine Bekanntmachung erlassen worden, wonach der Austausch von Post-Briefen mit Algerien, Tripolis und Tunis bis auf Weiteres eingestellt ist. Alle Postanstalten sind angewiesen, Postpakete nach diesen Ländern nicht mehr anzunehmen. Die den deutschen Grenz-Ausgangs-Post-Anstalten inzwischen etwa noch zugehenden Pakete nach den bezeichneten Ländern werden nach den Aufgabebestimmungen zurückgeleitet werden.

Deutschland.

Berlin, 15. Juli. Die „Wf.-Ztg.“ schreibt: Da die ganze Stojch-Angelegenheit plötzlich nachträglich eine Wichtigkeit erhält, so daß sie sich allmählich mit der famosen Armin-Affäre vergleichen läßt, so ist es rathsam, auf die beglaubigten Aiten zurückzugehen, welche vielfach in offenbarem Widerspruch mit den Angaben der „Nordd. Allg. Ztg.“ stehen; daß sie eine Unterlage für die Unterstellung des genannten Blattes abgeben sollten, wonach Herr v. Stojch von den „Hofliberalen“ zum Nachfolger des Fürsten Bismarck ausgerufen sei und eine Rolle in dem zu diesem Zwecke angeblich angelegten Komplotte übernommen habe, würde man von den Aiten freilich selbst dann nicht verlangen können, wenn die behauptete Mäucherungsgeschichte ebenso sehr der Wahrheit entspräche, wie sie ihr widerspricht. Zur kurzen Zitation der Aiten halten wir uns an den „gut“ beglaubigten Schultze'schen Geschichtskalender, aus welchem hervorgeht, daß der in Abrede gestellte Konflikt zwischen dem Kanzler und Herrn v. Stojch in vollem Maße bestand. Am 10. März 1877 jagte Fürst Bismarck in der Reichstags-Sitzung:

„Mit der Marineverwaltung habe ich im vorigen Jahre einen monatelangen und mit vielem dialektischen Aufwande geführten Kampf gehabt, um die Mehrforderung, die sie dem Reichsfinanzminister gegenüberstellte (Heiterkeit) — als solchen betrachte ich den Präsidenten des Reichsfinanzraths — herabzusetzen. Ich habe zuletzt vermög der mir verfassungsmäßig zustehenden Berechtigung die Sache im Sinne der geringeren Summe gegen die Marineverwaltung entschieden, und konnte deshalb nicht erwarten, daß die Autorität oder die Ueberredungsgabe des Herrn Minister um so viel stärker als die meine auf die Marineverwaltung wirken würde, daß bereits in der ersten Sitzung diese letztere Verwaltung einnahm, daß sie mit einem noch geringeren Satze auskommen könne, als dem von mir schließlich bewilligten und im Anfang befristeten.“

Dieser Konflikt, formell zwischen Herrn v. Stojch und dem Präsidenten des Reichsfinanzraths vorliegend, soll nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ schon im Jahre 1876 stattgefunden haben, was glaublich ist. Auch daß er sich zwischen Herrn Delbrück und Stojch abgespielt habe, mag glaublich erscheinen, obwohl Delbrück schon seit dem 25. April 1876 sein Amt aufgegeben hatte. Genug, der Konflikt zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Chef der Admiralität kam nicht 1876, sondern aus Anlaß der eben citirten Rede des Reichsfinanzministers vom 10. März 1877 zum offenen Ausbruch. Schultze schreibt unterm 17. März 1877:

„Der Reichsfinanzminister äußerte sich in seiner Abend-soiree in liebenswürdigster Aufgeklärtheit über den Zwischenfall mit dem Chef der Admiralität v. Stojch. Der durch die Aeußerungen im Parlament beleidigte General fordert eine schriftliche Erklärung, daß der Fürst ihn nicht habe beleidigen wollen, und daß seine Darstellung des Verhältnisses zwischen ihm und dem Chef der Marine keine vollkommen zutreffende gewesen sei. Fürst Bismarck macht seinen Gästen gegenüber keinen Hehl daraus, daß er die gewünschte Erklärung nicht abgeben werde, weshalb der definitive Rücktritt des Herrn von Stojch bestimmt erwartet wird. Der Kaiser zögert inzwischen, die Entscheidung zu treffen.“

25. März: „Der Kaiser lehnt die Entlassung des Chefs der Admiralität ab, wie behauptet wird, gegen den entschiedenen Wunsch des Reichsfinanzministers.“

1. April: „Der Reichsfinanzminister feiert seinen 62. Geburtstag und bittet den Kaiser um Entlassung von allen seinen Aemtern und Würden, da seine Kräfte der ungeheuren Last nicht mehr gewachsen seien. Die Konfession ist allgemein und tausend Verträge und Kombinationen, wie derselbe zu ersehen sein möchte, durchschwirren alsbald die Luft.“

Am 29. März hatte Fürst Bismarck alle Minister mit Ausnahme des Herrn v. Stojch zu sich gebeten, um zu berathen, was werden solle, wenn der Kaiser das Entlassungsgesuch nicht annehme. Am 1. April beglückwünschte der Kaiser den Reichsfinanzminister zu seinem Geburtstag, wobei ihn dieser um seine Entlassung bat. Nach einer abschlägigen Antwort wiederholte er schriftlich die Bitte. Am 9. April fand in Bremen eine Versammlung in der Börse statt, welche einflußlos eine Vertrauensresolution faßte. Am 10. April wird der Kanzler von dem Kaiser auf längere Zeit beurlaubt, womit die Krisis beendet ist.

Das Alles war im Jahre 1877. Eine interessante Nebensache ist dabei, daß der Reichsfinanzminister in der Rede vom 10. März ruhig den Präsidenten des Reichsfinanzraths „Reichsfinanzminister“ nennt, während jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine große Belehrung über das Unzulässige der kurzen Bezeichnung „Marineminister“ erteilt. Am 29. Mai 1878, also ein Jahr später, ging der „Große Kurier“ zu Grunde. Bei dieser Gelegenheit wurde Herr von Stojch heftig angegriffen, namentlich von Blättern, welche den „Hofliberalen“ politisch durchaus nahe standen, während „Kreuzzeitung“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ den Chef der Admiralität vertheidigten, was sie wohl schwerlich gethan hätten, wenn sie in ihm einen Komplottirer gegen Bismarck geahnt hätten. Daß Herr v. Stojch beim Kronprinzen und auch beim Kaiser sehr gut angeschrieben sei, wurde seinerzeit allgemein angenommen. Das reicht aber wohl kaum, um daraus den Verdacht des Konspirirens gegen den Kanzler herzuleiten.

Die Bremer Vertrauensresolution ist nur deshalb mit erwähnt, weil sie einen Maßstab abgibt, in wie kurzer Zeit ein vollkommener Umschwung stattfinden kann: Ehe ein Jahr verstrichen war, hatte der Reichsfinanzminister das Tabakmonopol proklamirt.

Berlin, 16. Juli. Der Kaiser richtete gestern bei dem Empfang in Gastein an den Statthalter Grafen Thun-Hohenstein die folgenden Worte: „Ich freue mich, Sie wiederzusehen. Ist Kaiser Franz Joseph wohl auf? Ich habe gehört, daß er in Pola gewesen und dem Flottenmanöver beigewohnt hat; muß vor der Hitze dort viel gelitten haben. Ich freue mich schon, ihn recht bald zu umarmen.“ Der Kaiser hat, wie in früheren Jahren, in dem Bade schloß Wohnung genommen. Mit dem Gebrauch der Kur hat Sr. Majestät heute bereits begonnen.

Dem Reichsfinanzminister Fürsten v. Bismarck ist folgendes Schreiben zugegangen:

Düren, den 2. Juli 1884.

Die unterzeichneten Industriellen Dürens be-

grüßen mit Freude die dahin gerichteten Bestrebungen der hohen Reichsregierung, die überseeischen Interessen Deutschlands zu fördern und eine seiner Würde entsprechende Stellung unter den seefahrenden Nationen herbeizuführen. Sie halten die Uebernahme des Schutzes der deutschen Niederlassungen in Angra Pequana, die Einsprache gegen den Kongo-Vertrag, den Abschluß des Handels- und Schiffsvertrages mit Korea in Verbindung mit der Gesandtschaft wegen Subvention von Postdampfer-Verbindungen mit Ostasien und Australien für geeignete Maßregeln, den Export zu heben und Kolonisationen hervorzurufen, welche den Zusammenhang mit dem Vaterlande fest halten.

Mit ehrerbietigstem Danke für das kräftige Vorgehen in dieser Richtung und der ergebensten Bitte, festzuhalten an den das Ehrgefühl der Deutschen im In- und Auslande mit stolzer Befriedigung erfüllenden Bestrebungen verharren

Erw. Durchlaucht

gehoramsame
(folgen die Unterschriften).“

— Das heute früh ausgegebene Bulletin über das Befinden Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm lautet:

Marmoralais, den 16. Juli 1884.

Nach einer guten Nacht ist das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm durch aus zufriedenstellend. Auch der neugeborene Prinz befindet sich gut.

Schröder, Ebmeier.

— Von literarischer Seite wird die Cholerafrage, wie es scheint, benutzt werden, um einen neuen Anlauf gegen den Kulturkampf zu unternehmen. So läßt sich heute die „Germania“ vom Rhein schreiben: „Bei der von Frankreich herüberdröhenden Choleraepidemie werden allseits die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Seuche abzuhalten, wenn möglich, vor allem aber, um bei dem Ausbruch der Krankheit vorbereitet zu sein. Gewiß ist dies alles wohl und löblich und Pflicht der guten Regierung. Denkt man aber auch in den Regierungskreisen daran, wie den feilschenden Betrüffischen Rechnung getragen werden kann? Diese Frage dürfte für die Kölner Erzdiözese bald eine brennende werden, da sie mit ihren 1,600,000 Seelen und 314 verwaisenen Pfarren bei ihrer Lage im äußersten Westen und der großen Verkehrsadern wegen, die sie durchschneiden, der Cholera-gefahr am ersten ausgesetzt ist. Gewiß würde man, davon sind wir überzeugt, eventuell ein Auge zudrücken und durch die Finger sehen, wenn auch nicht maßgeblich angestellte Gesichtliche nach dem Sage, Noth kennt kein Gebot, den armen Kranken die letzten Tröstungen der Religion spenden würden. Die Schwierigkeit liegt nur darin, ob überhaupt die jungen Geistlichen aus ihren Stellungen im Auslande nur vorübergehend entbunden werden und ob nicht für ihren jetzigen Wirkungskreis dieselbe Gefahr vorhanden ist, wie für die Heimath und sie deshalb auf ihren Posten verharren müssen. Bekanntlich hat für die große Kölner Erzdiözese die Diözesantheilung absolut keinen Nutzen gehabt, indem wegen der Entfernung des Erzstuhls keine Stellenbesetzung erfolgen konnte. Die Verantwortung der Regierung, bei dem Ausbruch der Seuche den armen Sterbenden die Tröstungen ihrer Religion vorzulegen zu haben, möchte doch gar schwer zu ertragen sein, u. a. würde den krankenspendenden Kongregationen gegenüber eine möglichst ausgedehnte Erleichterung in der Aufnahme neuer Mitglieder sowie bei der Verrentung vorhandener Kräfte durchaus am Plage sein. Bereits im vorigen Monat machte sich bei Gelegenheit der mannigfachen Krankheiten, die in Folge der nachlässigen Witterung herrschen, in Köln ein Mangel an krankenspendenden Personen fühlbar; wie erst, wenn eine Epidemie zum Ausbruch käme? Mon möge diese Punkte nur nicht auf die leichte Schulter nehmen! bei der ohnehin in der Rheinprovinz vorhandenen hochgradigen Erbitterung könnte eine Ausparcipation derselben keine erfreuliche Wirkung haben. Jedenfalls ist es unklug, Del ins Feuer zu stecken.“

— Ueber die Th

gen der „Epoca“ wenig zufrieden sein, wenn dieses Blatt unter Anderem hervorhebt, daß die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wahrscheinlich das wirksamste Mittel sein würde, um das Problem zu lösen, welches durch den Aufenthalt des Königs von Italien im Quirinal und durch die Einschließung des Papstes im Vatikan geboten sei. Bemerkenswürdig ist die Nußanwendung, welche französische Blätter, wie die „Rep. Française“, aus dem durch den spanischen Minister hervorgerufenen Zwischenfalle ziehen.

„Man muß freilich zugeben“, schreibt das leitende gambettische Organ, „daß die öffentliche Meinung bei unseren Nachbarn nicht darauf vorbereitet war, die Worte des Herrn Vidal ruhig hinzunehmen. Wie alle von dem Schicksal verwöhnten Völker halten sich die Italiener in den letzten Jahren von ungeheuren Hoffnungen emporgelassen, welche die Allianz mit den Kaiserreichen Mitteleuropas noch gemehrt hatte. Sie hätten nicht genau zu sagen vermocht, welche Vorteile sie davon erwarteten; aber sicherlich waren sie beträchtlich und der schon erzielten Resultate würdig. Als sie sahen, daß das einzige Ziel der Tripel-Allianz nur die Gewährleistung des Friedens zu sein schien, welche Niemand zu brechen Lust hatte; als sie zu der Ueberzeugung gelangten, daß weder Oesterreich noch Deutschland darnach gelüste, irgend etwas zu wagen, um den Ehrgeiz ihres Verbündeten zu befriedigen, da bemächtigte sich ihrer ein geheimer Zorn, eine Unzufriedenheit mit den Anderen und mit sich selbst, welche die Folge tiefer Enttäuschungen zu sein pflegen. In dieser Stimmung traf sie die Erklärung des Herrn Vidal. Soll man sich da wundern, wenn die Geister Feuer fingen und die italienische Regierung, ohne den Wortlaut der Rede des spanischen Ministers abzuwarten, sich von dem Madrider Kabinett nähere Auseinandersetzungen erbat. Das alles ist sehr zu bedauern und wenig dazu angethan, die Freundschaft zwischen zwei Völkern verwandten Stammes zu befestigen, welche eng verbunden bleiben sollten. Darum betrübt es uns jedesmal, wenn in Italien irgend ein neuer Zwischenfall die guten Beziehungen zu Frankreich stört. Denn auch wir gehören der lateinischen Völkerfamilie an und wünschen mehr als Jemand, daß zwischen ihren Angehörigen ein Geist der Eintracht und Brüderlichkeit herrsche. Aus diesem Grunde beklagen wir die Worte, welche Herr Crispi in der letzten Sitzung der Parlamentssession sprach. Ohne Zweifel ist Crispi nicht in Italien, wie Vidal in Spanien, ein Vertreter der Regierung; aber er war Präsident der italienischen Kammer, er war Minister und kann es wieder werden. Als es sich darum handelte, den Schiffsfahrtsvertrag mit Frankreich zu verlängern, rief er aus: Was hat Euch die österreichisch-deutsche Allianz eingebracht? Welches ist Eure Stellung in Europa? England kümmert sich nicht um Euch, Deutschland verachtet Euch und schickt Delegirte zur Gedächtnisfeier unserer Niederlage bei Lissa. (?) Was Oesterreich betrifft, so beleidigt es Euch durch Unterlassung des Besuchs, welchen Ihr vor drei Jahren unserem Souverän angethan habt. Und zu welchem Schlusse gelangte endlich Herr Crispi? Etwas zu der Verzichtleistung auf die englische Freundschaft? Zur Ablösung von Deutschland? Zum Kriege mit Oesterreich? Nicht doch! Er rief, man sollte Frankreich für solche Demüthigungen bestrafen und den Schiffsfahrtsvertrag verwerfen. O Logik des Hasses! Zum Glück haben die Worte des Abgeordneten von Palermo in Citorio kein Echo gefunden. Desgleichen möchten wir annehmen, daß diejenigen des Herrn Vidal nur für ihn bindend sind und Herr Canovas sich heilen wird, einen so kompromittirenden Kollegen zu desavouiren.“

Ausland

Paris, 15. Juli. Die Patrioten-Liga hielt im Winter-Zirkus ihre General-Versammlung unter dem Vorstehe des Abg. Anatole de la Forge, welcher seinem Vorgänger Henri Martin einen bewegten Nachruf widmete. Daß Paul Douville als Gründer der Liga nicht leer ausging, braucht kaum hinzugefügt zu werden. Der Rede des Redaktionsleiters selbst entnehmen wir nur die Thatfache, daß die Zahl der Mitglieder des Vereins seit 1882 von 11,717 auf 50,300 gestiegen ist.

Unter den Glücklichen, welche zum Nationalfeste in die Ehrenlegion ernannt werden, befindet sich eine 79jährige harnbergische Schwester des Hospitals zu Tours, die zur Belohnung einer 50jährigen Thätigkeit das Ritterkreuz erhielt.

Paris, 15. Juli. Die Kommission des Senats für die Revision der Verfassung hat nahezu einstimmig beschlossen, die Revision des Artikels 8 betreffend die finanziellen Rechte des Senates nicht stattfinden zu lassen. Dagegen wurde das von dem Senator Faye beantragte Amendement, welches dahin geht, den Artikel 8 zu vervollständigen, in Erwägung gezogen. Wie verlautet, dürfte die Kommission am nächsten Donnerstag mit dem Ministerpräsidenten Ferry die Garantien beraten, welche von der Kammer verlangt werden sollen, bevor der Senat der Revision zustimmt. Für den Fall, daß der Senat in die Revision der Verfassung willigt, nimmt man an, daß der Kongreß erst im Oktober zusammentreten werde.

Paris, 16. Juli. Die konservative Journale, welche hoffen, dadurch der Regierung internationale Schwierigkeiten zu bereiten, stellen den Fahren-Ertrag in düsteren Farben dar und tabeln energisch die Altkonkurrenz, während die gesammte republikanische Presse die Ansicht ausspricht, daß lediglich der Direktor des Hotels, der die deutsche Fahne ausgehängt, die Schuld an dem Vorfalle trage, den sie übrigens durchaus billigen; sie beharren sodann dabei, den angeblichen Deutschen in den Vordergrund zu schieben, der die „Patrioten“ zum Vorgehen gegen das Hotel aufgereizt habe. Der „Temps“ stellt diesen Zwischenfall als thatsächlich erwiesen dar; er versichert, das In-

dividuum habe am Fuße der Statue „vive la Prusse!“ à bas la France!“ geschrien und die Tricolore bespuckt. Es ist wirklich eine starke Zumuthung, glauben machen zu wollen, daß es diesem fabelhaften Individuum nach solcher wahnwitzigen Handlung möglich gewesen sei, aus der Mitte dieser Tausende aufgeregter „Patrioten“ zu flüchten, anstatt niedergebunden und gelyncht zu werden. Der Umstand, daß gar keine Polizei bei der Manifestation anwesend war, erklärt sich dadurch, daß die Regierung stets bei diesen, den Frankfurter Frieden verhöhrenden Manifestationen die Polizei ferne hält, um dadurch, wie sie glaubt, der offiziellen Verantwortlichkeit zu entgehen. (N.-Z.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Juli. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zu Grabow fand zunächst die Einführung und Verpflichtung des neu gewählten besoldeten Beigeordneten Herrn Schmidt statt. Den übrigen Theil der Sitzung füllte neben der Mittheilung eines Kassen-Revisions-Protokolls und mehrerer kleinerer Bewilligungen von Beamten-Besoldungen die Beratung über den neuen Schulhausbau; die Zeichnung und der Kostenschlag für den Bau ist bereits der Regierung eingebracht und von dieser mit einigen Modifikationen zurückgekommen. Letztere betrafen die Größe der Fenster und die Anlage der Defen und der Privets. Die Bau-Deputation hat beschloffen, in Betreff der Fenster und der Privets den Wünschen der Regierung nachzukommen, dagegen wegen der von der Regierung verlangten Anlage der Defen nochmals vorstellig zu werden. Damit erklärt sich auch die Versammlung einverstanden. Diefelbe genehmigte auch die von der Bau-Deputation entworfenen Submissions-Bedingungen mit der Aenderung, daß alle auswärtigen, d. h. nicht in Grabow wohnhaften Submittenten eine Bietungs-Kantion von 2 pCt. zu hinterlegen haben. Ferner wurde beschlossen, noch in diesem Jahre mit dem Schulbau vorzugehen. Die Kosten für denselben sind auf 38975 Mark — 37125 Mark für das Schulhaus, 1850 Mark für die Privets — veranschlagt.

Der Anspruch aus § 2 des Reichs-Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 eines verletzten Fabrik- u. Arbeiters gegen den Fabrik- u. Unternehmer auf Schadenersatz, in Folge eines festgestellten Verschuldens einer Person, für welche der Fabrik-Unternehmer haftet, wird nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 5. Zivilsenat, vom 7. Juni 1884, durch die bloße Behauptung des konkurirenden eigenen Verschuldens des Beschädigten nicht befriedigt, vielmehr hat der Fabrik-Unternehmer diese behauptete Mitwirkung des eigenen Verschuldens zu beweisen.

Der Unterrichtsminister hat jetzt die Untersuchung der Kurzsichtigkeit bei Schülern der höheren Lehranstalten in die Wege geleitet. Zu diesem Zwecke sollen in jeder Provinz einzelne Schulanstalten ausgewählt werden. Die Untersuchung soll durch Augenärzte, wenn möglich durch die Assistenzärzte von Universitäts-Augenkliniken, vorgenommen werden, diesen Untersuchungen aber eine, auch durch Lehrer zu bewerkstelligende Voruntersuchung auf Les- und Schreibproben vorangehen. Die Untersuchungen, für welche die wissenschaftliche Deputation des Medizinalwesens die Grundzüge angegeben hat, sollen im Anschluß an die von dem Professor Dr. Hermann Cohn in Breslau und Dr. Adolf Weber in Darmstadt aufgestellten Gesichtspunkte erfolgen und Jahre lang fortgesetzt werden. Ueber die gegen das Ende des Schuljahres vorzunehmenden und nach gewissen Zeitabschnitten zu wiederholenden Untersuchungen sind Listen, Zählkarten oder dergleichen zu führen, welche für jeden einzelnen Schüler das Alter, die Schuljahre, die Lesprobe, die Brillennummer und den Augenspiegelbefund zu enthalten haben. Aus diesen Materialien wird dann halbjährlich eine Liste der vorgelegten Behörden überreicht, in welcher die etwa erforderlichen Bemerkungen über wahrgenommene Mängel der Beleuchtung, der Bänke, der Lehrmittel, über Eoblichkeit der Kurzsichtigkeit u. s. w. zugefügt sind.

Selbsten der Führer der Dampfer „Ziegenort“, „Erampe“, „Garg“ und „Gollnow“ ist, wie die „N. St. Ztg.“ mittheilt, jetzt gegen die Verlegung ihrer Dampfer vom Dampfschiffsdock nach dem Bollwerk oberhalb der Baumbrücke bei der zuständigen Behörde ein Protest eingebracht worden. Sie machen in demselben geltend, daß ihnen, abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten, mit welchen das tägliche Durchfahren ihrer Personendampfer durch die Baumbrücke verbunden sei, auch noch durch Frachtverlust, Mehrkosten an Brückengeld u. s. w. eine Schädigung erwachse, welche für den „Erampe“ auf etwa 1800, für den „Ziegenort“ auf etwa 800, für den „Gollnow“ auf etwa 1200 und für den „Garg“ auf etwa 700 bis 800 Mark angegeben wird. Auch der Führer des Dampfers „Pöls“ beabsichtigt zu protestiren.

Freitag findet auf Elysium ein Doppelkonzert der Herren Kapellmeister Rothke und Ellenberg statt, verbunden mit italienischer Nacht und Schlachtenmusik, zu welcher letzteren eine Kompagnie Soldaten und ein Tambour- und Hornistenkorps engagirt sind. Im Theater selbst geht zu erwähten Preisen Heine's „Junge Leiden“ in Szene, in welchem Charakterbild ein junger Stettiner, Herr Hugo Wald, den Hühneraugenoperateur Hirsch spielen wird.

(Bellevue-Theater.) Statt des Jancovius-Konzertes, das sonst alle Donnerstag und Montag im Bellevue-Garten abgehalten wird, veranstaltet Herr Direktor Schirmer heute, Donnerstag, ein Konzert mit der Königs-Argimonts-Kapelle, unter Leitung ihres Kapellmeisters Herrn Rothke. Dazu wird im Theater „Die schöne Galathee“ und „Eine Wohnung zu vermieten“ gegeben. Außerdem wird Frau Balletmeister Thiene den vom vorigen Jahre beliebten „Spiegelstanz“ vorführen. Freitag, den 18., findet das Benefiz der Primadonna des Bellevue-Theaters

statt. Herr Verdier hat sich schon durch ihre künstlerischen Leistungen vom vorigen Jahre her und noch mehr durch ihre „Nanon“ derart in die Herzen der Stettiner gefungen, daß es wohl keiner näheren Empfehlung bedarf, als die einfache Ankündigung dieser Benefiz-Vorstellung und das Publikum wird unisono singen: „Nanon, zu Dir ist mein liebster Gang.“

Das zur direkten deutschen Dampfschiffahrt (Expedienten Morris u. Comp.) gehörende Hamburger Dampfschiff „India“, Kapit. von Holt, ist am 15. Juli wohlbehalten in Newyork angelangt. Dasselbe überbrachte 431 Passagiere und volle Ladung.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Der Hüttenbesitzer.“ Schauspiel in 4 Akten. Bellevue-theater: „Hier ist eine möblierte Stube zu vermieten.“ Posse mit Gesang in 1 Akt. Hierauf: Ballet. Dann: „Die schöne Galathee.“ Komische Operette in 1 Akt. Zum Schluß: Ballet.

Bermischte Nachrichten.

Ein Brief an Kaiser Wilhelm, welchen eine schwarze Majestäts, Kalamba, der Beherrscher der Baschilange, für „Mona Buta“, so heißt der deutsche Kaiser in jener Sprache, dem jüngst verstorbenen Afrikaforscher Dr. Paul Vogge übergeben hat, dürfte wegen der Einblende in das Kulturleben des Stammes, welche er gestattet, von großem Interesse sein. Das Schreiben an den Beherrscher der Weißen lautet wie folgt: „Muene kum maj Kallungo Kabatu bosse (d. i. Großer aus dem Wasser, Beherrscher aller Völker). Schide mir hier ein Mittel, damit meine Leute nicht sterben, und viele Waffen mit zwei Köpfen und von hinten zu laden, Pistolen und Revolver. Darauf bin ich bereit, Deine Söhne zu begleiten, wohin sie wollen. Auch eine Figur von der Größe eines Mannes und einen Anzug, einen Helm mit Federbusch, einen Uedel, eine große Muffelbose, einen großen Spiegel und Alles, was schön ist und noch nie in mein Land kam, damit alle meine Krieger in meine Stadt kommen, um die Sachen zu sehen. Auch eine Uniform sende mir. Bereit bin ich, Deine Söhne zu begleiten auf